

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 48

Köln, den 27. November 1931

32. Jahrg.

Preissenkung und Lebenshaltung.

Vor wenigen Tagen ging eine Sensationsnachricht durch einen Teil der Tagespresse: Gewisse Blätter verbreiteten die Nachricht von einer bevorstehenden 20prozentigen Preissenkung. In der Meldung bezog man sich auf Äußerungen einzelner Reichsminister und auf Beratungen im Wirtschaftsbeirat. Die Folgen dieser Meldung sind aber ganz anderer Art, als sich die sensationshungrige Presse hat träumen lassen: durch diese Meldung ist leider ein noch vorhandener letzter Rest von Kauflust vernichtet und eine merklich schärfere Zurückhaltung beim Einkauf hervorgerufen worden.

Soviel aber ist an dieser Meldung richtig, daß die Regierung Maßnahmen in Erwägung gezogen hat, die auf eine weitere Verbilligung der Lebenshaltung abzielen. Diese Maßnahmen schnell und wirkungsvoll in die Tat umzusetzen, erfordert die Gesamtlage der arbeitenden und der minderbemittelten Bevölkerung. Die seit dem vorigen Jahre aufgenommene deflationistische Wirtschaftspolitik hat bekanntlich in der Hauptsache eine Senkung des Arbeitslohnes herbeigeführt. Nach Schätzung des Institutes für Konjunkturforschung ist infolgedessen das Bruttoeinkommen aus Arbeitslohn um rund drei Milliarden Reichsmark im ersten Halbjahr 1931 geringer als in dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Allein für das zweite Vierteljahr 1931 wird der Rückgang des Einkommens aus Arbeit durch Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit auf 1½ Milliarden beziffert. Zwar sind auch die Preise gesunken. Ohne das bestreiten zu wollen, muß aber dabei auf folgendes hingewiesen werden: Die Preissenkung ist nicht in dem Maße, wie das auf Grund der geltenden Wirtschaftstheorien hätte erfolgen müssen, durchgeführt worden. Schuld daran trägt die bei uns nur sehr vorsichtig gehandhabte Kartell- und Syndikatspolitik, die sich nicht getraute, trotz vorhandener brauchbarer gesetzlicher Bestimmungen den Hebel dort anzusetzen, wo sichtbare Erfolge erzielbar gewesen wären. Soweit Preissenkungen eingetreten sind, beschränken sie sich zum größten Teil auf Agrarprodukte und Rohstoffe, während ein Teil der übrigen Warenmärkte in einer unerwünschten und für die Gesamtentwicklung nachteiligen Unbeweglichkeit verharrt. Die Folge dieser Entwicklung beeinflusst die Verwendung des Lohnes sehr stark. Es wird der Lohn fast restlos für den sogenannten starren Bedarf — Nahrung, Kleidung, Wohnung, Steuern und Abgaben — notwendig, und für den sogenannten variablen Bedarf bleibt nichts mehr übrig. Die letzte Regierungserklärung und die Verlautbarungen bei der Berufung des Wirtschaftsbeirates betonen den Willen, der Frage der Preisbildung jetzt energischer als vorher zu Leibe zu rücken. Hoffentlich hat sie dabei entsprechende Erfolge.

In der Vergangenheit ist wiederholt betont worden, daß die Lohnsenkungen keinen Angriff auf den Reallohn darstellen, sondern nur eine Anpassung der Löhne an den veränderten Preis- und Geldwert, also mehr nomineller Natur sein sollten. Die bis jetzt feststellbaren Wirkungen sind allerdings ganz anders. Es wird zwar versucht — man lese daraufhin die Tagespresse —, immer noch die Meinung aufrechtzuerhalten, als ob trotz der Lohnsenkungen eine Verbesserung des Realeinkommens eingetreten sei. Man beliebt dabei eine Art der Berechnung, die nach dem Grundsatz aufgestellt ist, daß sich mit Zahlen eben alles beweisen läßt. Die Wirklichkeit aber spricht eine andere Sprache. Lohnsenkungen und Arbeitszeitverluste bewirken zusammen eine so empfindliche Einkommenseinbuße, daß die Behauptung von der Erhaltung der realen Kaufkraft des Lohnes auch bei nur oberflächlicher Untersuchung als unwahr erkannt werden muß.

Das wird vereinzelt jetzt auch zugegeben, wenn man auch noch weit entfernt davon ist, einzusehen, daß der eingeschlagene Weg,

mittels Lohnsenkung die Wirtschaft zu sanieren, nicht aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus-, sondern noch tiefer hineinführt.

Die wirkliche Lohnlage der Arbeiterschaft ist schlechterdings jetzt nicht mehr durch theoretische Berechnungen oder Schlussfolgerungen aus Enqueteergebnissen, die in der Vergangenheit zutreffen mochten, festzustellen. Die Lohnhöhe allein ist ein durchschlagender Beweis. Für weite Teile der Arbeiterschaft ist leider Tatsache, daß der verdiente Arbeitslohn, selbst bei voller Beschäftigung, zum Notwendigsten nicht mehr ausreicht. Feststellungen einzelner Berufsverbände ergaben Wocheneinkünfte aus Arbeitslohn, die auf den Tag umgerechnet sage und schreibe 1,60 Reichsmark und weniger für vier bis fünf Personen große Familien für Zwecke der Ernährung und Kleidung ausmachen. An vielen Orten haben die Arbeiter Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung, weil ihr Arbeitseinkommen die Richtsätze der Fürsorge nicht erreicht. Trotzdem behaupten die Unternehmer auch in solchen Orten nach wie vor, daß sie, um konkurrenzfähig zu sein, auf weitere Lohnsenkungen nicht verzichten könnten. Eine Untersuchung darüber, bis zu welchem Tiefpunkt die Löhne noch fallen müßten, um die Lebensfähigkeit gewisser Betriebe zu sichern, wäre dankbarer Stoff für eine Doktorarbeit. Es ließen sich gewiß papierne Beweise dafür erbringen, daß selbst dann, wenn die Arbeiterschaft ihre Arbeit ohne jeden Lohn ausführen würde, noch notleidende Betriebe vorhanden wären und die „Wirtschaft“ viel größere Opfer bringe als die Arbeiterschaft. Die Frage nach dem größten Opfer läßt sich so nicht stellen und beantworten. Unbestritten ist, daß die Arbeiterschaft die stärksten Einbußen selbst des lebensnotwendigsten Bedarfs, auch auf dem Gebiete der Ernährung, erlitten hat. Wo bei solcher Sachlage gewisse Kreise den Mut hernehmen zu gegenteiligen Behauptungen, ist unerklärlich.

Wenn es um Bestand oder Untergang des Volkes geht, ist die Frage des größten Opfers ganz sicher mit dem Grade der Einengung der Lebensmöglichkeit verbunden. Hier muß die Regierung schnellstens Erleichterung schaffen, wenn nicht große Teile der Arbeiterschaft buchstäblich verelenden und verhungern sollen. Trotz aller Dementis, trotz Ablehnung weiterer genereller Lohnsenkungen durch höchste Regierungsstellen plätschert die Lohnabbauwelle im Lande lustig weiter. Weil man entweder nicht die entsprechende Macht hat, diese Welle abzustoppen, oder der Abwehrwille nicht genügend stark ist, muß andererseits jede weitere Lohnsenkung durch energische Preissenkung kompensiert werden. Besondere Erwartungen hegen wir im Hinblick auf bisherige Erfahrungen nicht. Einen ersten Versuch, den elementarsten Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, beobachteten wir bei der Berliner Metallindustrie. Dort hat der Schlichter die Lohn-differenzen durch Schiedspruch, der die bisherige Regelung in Kraft beläßt, beendet mit der Begründung, daß erst entsprechende Preissenkungen notwendig wären, ehe weitere Lohnsenkungen durchführbar seien.

Unsere „Wirtschaft“ weist mit Vorliebe auf ausländische Verhältnisse hin und behauptet, daß die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes durch die dortige geringere Lohnhöhe zur Hauptsache bedingt sei. Leider wird immer wieder vergessen, auch auf die im Auslande vielfach geringeren Lebenshaltungskosten hinzuweisen und diese zu berücksichtigen. Ein sprechendes Beispiel für die unterschiedliche Lage diesseits und jenseits der Grenze ist folgende Notiz:

Die Auswirkungen des Schutzzolles, den die einzelnen Länder auf

die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zum Schutze der eigenen Landwirtschaft legen, führen unmittelbar an der Grenze zu oft merkwürdigen Gegensätzen. Das gilt zurzeit für die Entwicklung des Brotpreises in der Dreiländerecke bei Pers. Belgien-Luxemburg führt kanadischen Weizen zu günstigen Zollbedingungen ein und erreicht durch den billigen Weltmarktpreis des Weizens außerordentlich niedrige Brotpreise. So kostet in deutschem Geld das Pfund Weißbrot in Belgien-Luxemburg noch nicht ganz zehn Reichspfennig. Frankreich schützt seinen eigenen ziemlich bedeutenden Weizenbau durch hohen Zoll, wodurch das Brot einen für dieses Land außerordentlich hohen Preis von rund 23 Reichspfennig (drei Pfund Brot kosten 3,85 Franken) hat. Dagegen erhebt Frankreich auf gebackenes Brot keinen Zoll. Deutschland mit seinem hohen Schutz Zoll für Weizen erhebt außerdem auf gebackenes Brot auch noch einen Zoll, der dem Brotpreis in Deutschland überhaupt entspricht. Der Schmuggel an der belgischen

Grenze in dem außerordentlich billigen belgischen Brot ist auf diese enormen Preisunterschiede zum größten Teil zurückzuführen.

Daraus erhellt, daß ein so wichtiges Nahrungsmittel bei uns infolge zollpolitischer Maßnahmen eine Verteuerung erfährt, die sich natürlich auf lohnpolitischem Gebiet auswirken muß. Bei einer ganzen Reihe anderer Artikel läßt sich ebenso leicht feststellen, daß bei uns die Preislage durch zollpolitische Maßnahmen verursacht ist. Es ist aber ungerecht und auf die Dauer nicht durchführbar, die ausländischen billigen Produktionskosten, einschließlich der Löhne, als Vorbildlich zu bezeichnen und zu erstreben und andererseits den notwendigen Preisabbau durch Beibehaltung überspannter Zollsätze zu verhindern. Für den erforderlichen Ausgleich haben die verantwortlichen Stellen recht bald zu sorgen.

Lohnabbau in Permanenz.

Ein alter Mann, der vor einigen Jahren vor einem expressionistischen Gemälde stand und trotz Befehung nicht begreifen konnte, daß dieses, nach seiner Ansicht ein Zerrbild, ein Kunstwerk darstellen solle, urteilte darüber zum Schluß folgendermaßen: „Wir jetzt lebenden Menschen werden die Kunst auf diesem Bilde nicht verstehen. Unsere Nachkommen aber, etwa in hundert Jahren, werden das Bild verstehen und sagen: „Nun ja, das war damals eine tolle Zeit.“

Die Geschichtsschreiber der heutigen Zeit mit ihrer wahnwitzigen Wirtschaftsführung werden diesem Kapitel auch das Urteil sprechen: „Es war eine tolle Zeit.“ Nur ist es betäubend, in einer solchen Zeit leben zu müssen, und noch betäubender, daß in unserer Welt trotz aller Gelehrsamkeit, die nicht aus und ein weiß, eine total falsche Wirtschaftsführung nicht erkannt wurde. Dem ohnehin niedrigen Arbeitslohn glaubt man die Schuld an unserer Wirtschaftsmisere zuschreiben zu müssen. Der Arbeitslohn sei, so meinen die „Neunmalklugen“ im Lande, zur Hauptsache schuld, und darum müsse man eben diesen Arbeitslohn auf ein Maß zurückrevidieren, das die Rentabilität und das Gedeihen der Wirtschaft gewährleistete. Diese „Neunmalklugen“ treffen wir an auf den Lehrstühlen der Hochschulen, in den Arbeitszimmern der Bürokratie bis hinauf zu den Ministerien, selbstverständlich in den Zirkeln der Unternehmer, aber auch — und das ist weniger selbstverständlich — in der Arbeiterschaft. Die Schädlichkeit der gewerkschaftlichen Lohnpolitik wurde von all diesen Kreisen so lange zu beweisen versucht, bis die Interpreten dieser Meinung selbst davon überzeugt waren und die Öffentlichkeit sich willig mit dieser Behauptung abfand. Das tat sie um so lieber, weil eine objektive Untersuchung, die leicht zu anderen Ergebnissen als den behaupteten hätte führen können, etwas schwieriger und die Hege gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik so wunderschön geeignet ist, die Aufmerksamkeit von gewissen Wirtschaftsjournalen und peinlichen Vorkommnissen abzulenken. Zudem ist die antigewerkschaftliche Stimmung gerade Mode und der Arbeiterschaft nach Ansicht der Kreise von Bildung und Besitz ein gehöriger Dämpfer schon zu gönnen. Vergessen hat man allzusehnell die Verdienste der Gewerkschaften um Fortbestand und Geltung des Staates und der Wirtschaft, ja um die Existenz auch jener Kreise. Mit Absicht verschließt man sich den nachteiligen Folgen eines hemmungslosen und fortgesetzten Lohnabbaues und überhört geflissentlich, daß man Arbeitslust und Schaffensfreude ertötet, wenn die Entlohnung dem Arbeiter nur mehr die Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse in unzulänglicher Weise gestattet.

Wenn eine allgemeine Preis senkung und damit gleichzeitig eine allgemeine Lohnsenkung vor Jahresfrist als notwendig behauptet wurde, um unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu erhalten, so könnte man das allenfalls gelten lassen, obwohl der Beweis für eine solche Notwendigkeit auch noch nicht einmal erbracht ist. Auf keinen Fall aber dürfte das Senkungsmanöver Dauerzustand werden, wie wir es leider zurzeit erleben müssen. Gar manche Kreise scheinen aber ganz besonderen Geschmack an einer dauernden Lohnsenkungsaktion, also einer Lohnsenkungsaktion in Permanenz bekommen zu haben. Weil das so schön mit Hilfe des Staates gegliedert ist, hat man anscheinend bei dem schmackhaften Essen nunmehr Appetit bekommen. Nicht nur ungeheure Lohnsenkungen an sich beibringenden die geistigen Väter dieser Aktion, sondern man erstrebt nach allen Regeln der Kunst eine vollständige Willkür der Lohnfestsetzung

durch ein machtgeriges Arbeitgebertum. Wir steuern Zuständen entgegen, wie solche unter der Herrschaft der Herren Kirdorf, Stumm usw. bestanden haben, und nach deren Meinung Arbeiterrechte in die Rumpelkammer gehören. Was anders bedeuten die fortwährenden Forderungen nach mehr Elastizität der Tarifverträge, mehr Lockerung derselben usw. Noch mehr! Was soll das Verlangen nach Beseitigung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge? Doch nichts anderes als Bindung der Arbeiterberufsverbände, aber freie Hand dem Arbeitgeber zur rücksichtslosen Ausnutzung, ja Ausbeutung des Arbeiterstandes, der ja nach Ansicht weiter Kreise von Bildung und Besitz auch nur dazu da ist, anderen Ständen das Leben gut und behaglich zu gestalten.

Noch gar nicht lange ist es her, daß Weltweise und nicht zuletzt das große Heer der Arbeitgeberyndizi versuchten, immer wieder die Entwicklung des Tarifvertragswesens mit dem Argument zu unterbinden, die Tarifverträge führten zu einer verderblichen Mechanisierung der Lohngestaltung. Die Leistung des einzelnen müsse mehr in den Vordergrund gestellt werden. Unter dieser Begründung hat sich tatsächlich in starkem Maße die Tarifentwicklung der Nachkriegszeit vollzogen. In stärkstem Maße wurde die Akkordarbeit gefördert, in starkem, ja übertriebenem Maße wurde differenziert zwischen gelernten, ungelerten, angelehrten Arbeitern usw. Ferner wurden in überspannter Weise noch sogenannte wirtschaftliche Grundsätze gebildet, Alters- und Geschlechtsstufen eingeführt. Damit sollte das Prinzip der Leistung herausgestellt werden. In Wirklichkeit sträubte man sich mit Händen und Füßen dagegen, für gleiche Leistung den gleichen Lohn zu zahlen. Man brachte es sogar fertig, für die gleiche Arbeit zweierlei Akkordtarife, und zwar gesondert für ältere und jüngere, für männliche und weibliche Arbeitskräfte zu schaffen.

Diese Erfahrungen kennzeichnen mit aller Deutlichkeit das Bestreben, den Arbeiter rücksichtslos auszubeuten. Dieses System der rücksichtslosen und permanenten Lohnsenkung findet nun leider bei unserer Reichsregierung eine Stütze, die bei allem Wohlwollen und aller Rücksichtnahme auf unsere bedrängte Staats- und Reichslage nicht mehr verstanden werden kann.

Am allerwenigsten ist die Haltung des Reichsarbeitsministeriums in der jüngsten Zeit zu verstehen. Heute beispielsweise führt man im Holzgewerbe, wie es in Württemberg geschehen ist, einen Zwangstarif von Amts wegen ein, und morgen lehnt man für Baden, Rheinland und Westfalen ab, dieselben Lohnverträge für verbindlich zu erklären. Dieses Verhalten kann doch nur so zu erklären sein, daß die Lohnsenkungsmaschinerie dauernd in Bewegung gehalten werden soll. Ober folgt das Reichsarbeitsministerium gewissen falschen Einflüsterungen, die auf den Wunsch gerichtet sind „heiliger Florian! verschon mein Haus, steck' andere an“. Wie kommt es beispielsweise, daß man für alle möglichen Berufsgruppen über Nacht Schiedsprüche fertig hat, die morgen schon für verbindlich erklärt sind? Man wird sagen, ja, das sind lebensnötige Betriebe. Die anderen, ja die anderen, die können sich selbst „helfen“. Besonders in der Zeit der Arbeitslosigkeit. Im übrigen sind ja auch anscheinend nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums vor allem die handwerksmäßigen Berufe als die sachlich und wirtschaftlich „minderwertigen“ dazu berufen, dem wahnwitzigen Lohnsenkungsbestreben in Permanenz Vorschub zu leisten. Wie lange noch? Auch ein Reichsarbeitsministe-

rium muß sich seiner Aufgaben bewußt sein. Schutz und Hilfe dem Ärmsten zuerst, Hilfe vorab auch dem wirtschaftlich Schwächeren. Andernfalls verfehlt es seine Aufgabe. Ein Landwirtschaftsministerium wäre in Deutschland einfach unmöglich, das sich gegenüber den Landwirten eine solche Politik gestatten würde, wie es zurzeit das Reichsarbeitsministerium gegenüber den Arbeitern tut.

Zum allermindesten hätte man von dem Reichsarbeitsministerium erwarten dürfen, daß es in bestimmter Weise hätte erkennen lassen, welche Linie für die Lohngestaltung im Handwerk und in der Industrie einzunehmen beabsichtigt sei, nach welcher Richtung sich die Lohngestaltung vollziehen müsse. Dann könnte die Lohngestaltung sich reibungsloser auf dem Wege alterprobter Verhandlungen mit den in Frage kommenden Arbeitgebern vollziehen. In den meisten Fällen wäre nicht einmal ein Schlichter notwendig. Eine Art jedoch, die dem Mäusefang einer Katze ähnlich sieht, ist zweifellos vom Übel. Von jeher sind wir keine Freunde von Zwangstarifen gewesen. Wenn jedoch Notzeiten das ganze deutsche Volk bedrücken, wenn alle die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen, hat dann nicht das Reichsarbeitsministerium Veranlassung, auch den Arbeiterstand zu schützen, zu schützen gegen Willkür und planlose Lohngestaltung?

Wir verlangen zum mindesten jetzt endlich einmal Klarheit darüber, was man mit der Lohngestaltung vorhat. Soll sie dem freien Spiel der Kapitalmacht überantwortet werden, dann möge man es verkünden. Lohnherabsetzung in Permanenz ist nicht nur für den Arbeiter, sondern auch für das gesamte Volk, in wirtschaftlicher Beziehung gesehen, einfach untragbar. Sch.

Zugabeverbot und Verbraucherinteresse.

Der langwierige Streit um das Zugabewesen ist jetzt in sein Endstadium getreten. In der Donnerstagsitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages teilte der neue Reichsjustizminister Dr. Joel mit, daß ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen bereits im Kabinett verabschiedet worden sei und sofort dem Reichsrat zugeleitet werde.

Die Dringlichkeit des Verbotes geht schon aus der Tatsache hervor, daß der preußische Handelsminister und der preußische Justizminister im September schon mit Erlassen vorangegangen sind, die sich gegen die schlimmsten Auswüchse des Zugabewesens wenden.

Der neue Gesetzentwurf des Reichsjustizministers sieht nunmehr ein grundsätzliches Verbot der Zugabe (Ware oder Leistung) vor. Das Verbot ist auf die im Einzelhandel gegebene Zugabe beschränkt. Die Fälle von Produzentenzugaben an die Händler oder von Großhändlerzugaben an den Einzelhändler werden nicht erfaßt. Das Verbot beschränkt sich nicht auf das Angebot oder die Ankündigung von Zugaben. Es wird vielmehr grundsätzlich auch die Gewährung von Zugaben selbst verboten. Dies grundsätzliche Verbot sieht aber eine Fülle von Ausnahmen vor, die, ganz allgemein gesprochen, darauf abzielen, handelsübliche Gepflogenheiten, die sich im Rahmen des Herkömmlichen halten, zu schonen. Leider sind aber auch Ausnahmen vorgesehen, die durchaus geeignet erscheinen, eine gründliche Bereinigung des Handels von Übertreibungen des Zugabewesens zu verhindern. So sollen nach dem Verbot diejenigen Fälle ausgenommen werden, wo der Zugabegewährende sich erbietet, an Stelle der Zugabe einen festen, von ihm ziffermäßig zu bezeichnenden Geldbetrag bar ausbezahlen. Es könnte der Fall eintreten, daß die praktische Wirkung dieses Zugabeverbotes schließlich keine andere ist, als daß man sich nunmehr im Kaffeegeschäft über Porzellanpreise informiert und umgekehrt. Es wird wohl niemand die Ansicht vertreten, daß auf diese Weise der richtige Wert der zugegebenen Ware ermittelt wird.

Nachdem die Zugabenfrage schon jahrelang die Interessenten und die Öffentlichkeit bewegt, hat die Gesetzgebung nunmehr eingreifen müssen, weil sich das Zugabewesen im Einzelhandel von Tag zu Tag übersteigerte und die eigenartigsten Blüten zeitigte. So sind an verschiedenen Orten, u. a. in Köln, Porzellanpezialgeschäfte dazu übergegangen, beim Verkauf von Porzellanwaren „Abwehr-Kaffee in hervorragender guter Qualität“ zu 1,— RM das halbe Pfund abzugeben.

Selbst eine so bekannte Firma wie die Maggi-Werke sah sich jüngst veranlaßt, ebenfalls Gutscheine auszugeben. Die Unhaltbarkeit dieser Zustände veranlaßte fast alle Parteien des Reichstages, in geradzue beispielloser Einmütigkeit sich für das Zugabeverbot ein-

zusetzen. In letzter Stunde versucht der Deutsche Gewerkschaftsbund geltend zu machen, daß durch das Zugabeverbot 80- bis 90 000 Arbeiter brotlos würden. Diesen Befürchtungen kann durch Übergangsvorschriften, die auch von den bürgerlichen Parteien vorgesehen sind, Rechnung getragen werden. Im übrigen aber ist kaum anzunehmen, daß die bisher mit der Herstellung von Zugaben beschäftigten Fabriken nun keine großen Aufträge für die gleiche Art Waren erhalten sollten. Wenn es sich bei den Zugaben, wie die Gegner des Verbotes behaupten, weitgehend um Wertgegenstände, wie Rosenthal-Porzellan, handelt, dann müßte auch auf dem freien Markt eine Nachfrage für diese Artikel zu finden sein. Es besteht zum mindesten kein Anlaß, irgendwelches Hausgeschirr durch eine Art Schwankskauffsparkasse in die Haushaltungen der kaufkraftschwachen Arbeitnehmerkreise hineinzupressen. So wirkt sich aber das Gutscheinsystem vieler Lebensmittelfirmen aus. Es stellt eine Umkehrung des Abzahlungsgeschäftes dar. Die Forschungsstelle für den Handel schätzt den Gesamtwert der Zugaben auf etwa 30—56 Millionen im Jahr. Wenn die Einheitspreisgeschäfte weiterhin eine so starke Entwicklung nehmen, dann könnten sie allein in der Lage sein, den als Zugabe wegfallenden Absatz zu ersetzen. Ob das allerdings im Interesse der Verbraucher liegt, ist eine andere Frage. Durch das Zugabeverbot wird niemand anders ernstlich in seiner Existenz gefährdet als der „Süßwarenverband für Wertreklame“.

Das Zugabewesen hat sich, wie der Reichsverband deutscher Konsumvereine als erste große Verbraucherorganisation schon im Jahre 1928 auf seinem Essener Genossenschaftstag in einer Entschließung feststellte, zu einer Bedrohung des ehrlichen Handels und zu einer Schädigung der gesamten Verbraucherschaft ausgewachsen. Es ist Vortäuschung eines günstigen Warenangebotes und damit eine Unlauterkeit an der Bedarfsdeckung der breiten Schichten. Die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb reichen nach der bisherigen Rechtsprechung nicht aus, um dem Übel zu steuern. In der Begründung des neuen Gesetzeswurfes des Reichsjustizministers heißt es entsprechend: Das gesetzgeberische Vorgehen sei vor allem geboten, weil das Zugabesystem notwendig die Gefahr einer Übersteigerung in sich trage, damit die Zuverlässigkeit des Geschäftsverkehrs in Frage stelle, und weil zum andern diese Reklameart das Publikum außerordentlich leicht über den Wert der eigentlichen Waren in Irrtum versetzen könne. Das geltende Recht habe sich für die Bekämpfung der mit dem Zugabesystem zusammenhängenden Mißbräuche nicht als ausreichend erwiesen.

Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt.

Ende Oktober hat diese Vereinigung sich in Paris mit Wandlungsfragen und der „Politik der hohen Löhne“ befaßt. Professor Henke, Kiel, als Generalberichterstatter, legte dem Kongreß nachstehende Thesen als Richtlinien für die Erörterung über den letztgenannten Gegenstand der Tagesordnung vor:

1. Eine „Politik der hohen Löhne“ im Sinne ununterbrochener Erhöhung des Nominallohnes oder des Reallohnes, grundsätzlich und allgemein durchgeführt, hat es bisher in keinem Lande gegeben;
2. auf die Dauer gibt es keine Lohnerhöhungen außer im Gefolge von Steigerungen der Produktivität;
3. die starren statischen Lohngesetze sind falsch, aber sie enthalten einen richtigen Kern: die Höhe des Reallohnes ist nur in geringem Umfang Nachfrage, der Lohnerhöhung sind im konkreten Falle enge wirtschaftliche Grenzen gesetzt;
4. die primitive Kaufkrafttheorie ist falsch, aber sie enthält als wahren Bestandteil den Hinweis auf die Bedeutung der Proportionalität in der Entwicklung der Produktiv- und der Konsumgüterherstellung;
5. falsche Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft und Fehlinvestitionen, die den Spielraum der Lohnerhöhungen einengen, sind — unabhängig von der Wirtschaftsverfassung — bei freier Konsumgestaltung immer möglich;
6. technische und wirtschaftliche Rationalisierung sind zweierlei; unwirtschaftliche Rationalisierung kann Dauerarbeitslosigkeit zur Folge haben;
7. werden Löhne auf Kosten von Einkünften der Nichtlohnempfänger erhöht, so treten Veränderungen in der Produktionsrichtung ein;

8. veränderte Produktionsrichtung kann gesteigerte Produktivität bedeuten. Ob dies der Fall ist, hängt von der konkreten Situation ab, insbesondere von der Lohnhöhe am Ausgangspunkt der Betrachtung;

9. die Umlagerung des Konsums von den Luxusgütern auf Güter des Massenbedarfs hat in den meisten Industrieländern relativ enge Schranken;

10. das „konjunkturelle Kaufkraftargument“ ist bisher nicht bewiesen; seine Gültigkeit würde nicht bedeuten, daß die Reallöhne in jedem Stadium des Konjunkturzyklus nur immer steigen sollen;

11. große Märkte erleichtern die Ausgestaltung und Ausnutzung der produktiven Kräfte, sie sind, soweit die Produktion unter dem Gesetz des steigenden Ertrags steht, der Lohnentwicklung günstig;

12. Exportzwang — entstanden aus natürlichen Proportionalitätsmängeln der Produktivkräfte eines Landes oder durch wirtschafts-

Jedem Menschen erscheinen die Arbeitsmaschinen, die in den verschiedensten Abarten in unserer Industrie verbreitet sind, als der Inbegriff des Gefährlichen. Viele verbinden mit dem Wort „Unfall“ sicher das Bild von Treibriemen, sich drehenden Rädern, schneidenden Messern, rotierenden Getrieben. Ebenso sehen wohl die meisten Menschen eine Leiter als einen harmlosen Gegenstand des täglichen Gebrauches an. Um so mehr werden sie dann alle erstaunt sein, wenn sie erfahren, daß durch Fall von Leitern, Treppen und durch Laken und dergleichen viel mehr Unfälle vorkommen als durch Arbeitsmaschinen. Ja, wenn man die Todesfälle durch Unfall miteinander vergleicht, so kann man aus der Statistik für 1929 feststellen, daß sogar mehr als dreimal soviel Unfalltodesfälle durch Fallen von Leitern usw. als durch Arbeitsmaschinen hervorgerufen wurden, nämlich 620 gegen 192!



Bestell Nr. 384-d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H.
b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft, Berlin W.9.

Bei einer derartigen allgemeinen Einstellung ist es ganz verständlich, daß diejenigen, die ständig mit Leitern zu tun haben, durch diese Gewöhnung noch ganz besonders abgestumpft werden. Falsche Benutzung und Aufstellung, mangelnde Sicherung gegen Ausgleiten und anderes mehr verschulden einen ungeheuer großen Teil dieser großen Zahl von Leiterunfällen. Aber es ist auch eine weitverbreitete, bisher wenig bekämpfte Unsitte, sich nicht mit beiden Händen festzuhalten, wenn man eine hohe Leiter besteigt. Wer Handwerkszeug usw. mit an die höher gelegene Arbeitsstelle transportieren muß, derentwegen er die Leiter besteigt, der muß unbedingt dafür sorgen, daß er trotzdem seine beiden Hände zum Aufstieg frei hat. Bei einiger Überlegung läßt sich in jedem einzelnen Falle eine Möglichkeit finden, um auf diese Weise ungefährdet die Leiter benutzen zu können.

fremde Machteingriffe — birgt die Gefahr der Lohnsenkungen und des Dumpings in sich;

13. die Mission der Gewerkschaften erschöpft sich nicht in der Lohnpolitik, sondern zielt in der sozialethischen Beeinflussung des staatlichen Handelns auf der ganzen Linie;

14. die Harmonielehre von der Politik der „hohen Löhne“ versperrt den Weg zur Erkenntnis des Möglichen und Notwendigen, sie setzt die Utopie an die Stelle der ständigen und geduldrigen Bereitschaft zur Aktion.

Gegen die Einseitigkeit, die Heilung aller Übel der Krise einzig von immer weiteren Lohnsenkungen zu erwarten, hat sich die Debatte des Pariser Kongresses vor allem gewandt. Interessant war, wie die Vertreter der verschiedensten nationalen Organisationen fast durchweg übereinstimmende Argumente gegen solche Einseitigkeit geltend machten: z. B., daß ein internationaler Lohndruck die internationalen Konkurrenzverhältnisse für kein Land verbessere; daß Lohnsenkungen zwar natürlich die Kosten der Produktion verbilligen können, dafür aber in den Konsumgüter-Industrien, die hauptsächlich für den Massenkonsum produzieren, zu einer neuen Absatzminderung und Krisenverschärfung führen müßten; daß in der gegenwärtigen Krisen-Situation eine dies ausgleichende Mehrbeschäftigung bei den Produktionsmittelindustrien aber nicht zu erwarten sei, sondern viel eher weitere Kapitalflucht, weitere unproduktive Hortung so erzielter Überschüsse — und daß also jetzt aus einem einseitig und schematisch fortgesetzten Lohndruck weit eher eine neue verhängnisvolle Schrumpfung der Wirtschaft drohen würde.

Die Aussprache schloß mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, die zum Ausdruck bringt, daß die Internationale Vereinigung, ihrer Aufgabe entsprechend, alles zu fördern, was die Lage der Arbeiter zu verbessern geeignet ist, keine anderen Lösungen des Lohnproblems zulassen könne als solche, die zur Hebung des Lebensniveaus der Massen beitragen. Eine Erhöhung der Reallöhne sei zu einem Teile an eine allgemeine Vermehrung der Produktivität gebunden, die ihrerseits in großem Umfange das Verschwinden der Zollschranken zur Voraussetzung habe. In einer Periode wirtschaftlicher Depression sei die Senkung der Reallöhne nicht das geeignete Mittel, um die Schwierigkeiten zu mildern, sondern hindere im Gegenteil die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit, statt sie zu erleichtern. Die Resolution schließt mit den Sätzen: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise ohne Zusammenarbeit der Nationen nicht überwunden werden kann. Angesichts des außerordentlichen Ernstes der Weltlage fordert der Kongreß alle Sektionen der IWSF. auf, ihren ganzen Einfluß auf die Regierungen und die öffentliche Meinung der einzelnen Länder aufzubieten, damit alles geschieht, um diese Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu verwirklichen.“

Lohn- und Tarifbewegung.

Holzgewerbe Bremen. Für das Holzgewerbe im Bezirk Bremen wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Neuregelung der Löhne vorseht.

Das Lohnabkommen vom 23. Februar 1931 wird wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß der Lohn des Facharbeiters über 22 Jahre in Klasse II 1,04 RM beträgt.

Alle übrigen Tariflöhne regeln sich nach § 22 des Bezirkstarifvertrages vom 3. Juni 1931.

Alle bestehenden Stundenlöhne ermäßigen sich um den Betrag, der sich aus der Differenz zwischen dem alten und dem neuen Tariflohn ergibt.

Die bestehenden Akkordsätze ermäßigen sich in allen Ortsklassen um 6%.

Diese Regelung tritt mit dem 16. November 1931 in Kraft. Sie läuft auf unbestimmte Zeit und ist mit Monatsfrist zum Monatschluß kündbar, erstmalig zum 31. Januar 1932.

Nach diesem Schiedspruch betragen die Tariflöhne in den Ortsklassen:

II	III	IV	V	VI
104	99	94	88	83 Rpf

Doraussichtlich werden die Arbeitgeber ablehnen. Wir werden, weil der Spruch auch auf der Linie der übrigen Abschlüsse im Reich liegt, dem Spruch zustimmen.

Lohnbewegung im rhein.-westf. Holzgewerbe. Am Dienstag, den 3. Nov. 1931, fanden mit dem Verein der Holzarbeitungsfabrikanten (Möbel- und Holzwarenfabriken) Lohnverhandlungen statt. Der

Arbeitgeberverband verlangte einen Lohnabbau von 15%. Diese Forderung mußten wir ablehnen mit Rücksicht auf den am 28. Aug. d. J. für den Tischlerinnungsverband, die Arbeitsgemeinschaft Münsterländischer Tischlerinnungen und den Baugewerbeverband gefällten Schiedsspruch, welcher einen Lohnabbau von 4½% vorschlag.

Wir erklärten uns schließlich bereit, einem gleichen Lohnabbau zuzustimmen, falls eine Vereinbarung zustande käme, nach der die neuen Löhne bis Ende Februar 1932 Geltung haben würden. Die Arbeitgeber lehnten unseren Vorschlag ab. Damit waren die Verhandlungen gescheitert.

Inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeits-erklärung des für die Tischlerinnungen gefällten Schiedsspruches abgelehnt, so daß im Holzgewerbe für Rheinland und Westfalen zurzeit ein vertragsloser Zustand besteht. Ob neue Verhandlungen möglich sind, oder ob die Löhne für die nächste Zeit örtlich oder betrieblich festgelegt werden müssen, wird sich erst aus dem weiteren Verhalten der Arbeitgeber ergeben.

Rundschau.

Produktionsbrüche! Die Monate sind seit dem vulkanartigen Ausbruch schwerster wirtschaftlicher und finanzieller Erschütterungen verfloßen. Der Zusammenbruch der deutschen Kreditwirtschaft hat die sich im ersten Halbjahr 1931 hier und dort schwüchtern zeigenden Ansätze einer allmählichen Konjunkturbelebung wieder grausam vernichtet. Die deutsche Wirtschaft droht unter dem alles zerstörenden Frost fehlenden Vertrauens, entblößt fast aller Reserven, und be- lastet mit einer Millionenarmee von Arbeitslosen, in einer Sturm- flut der Zusammenbrüche unterzugehen.

So erfreulich unsere stark aktive Handelsbilanz auch ist, die Schrumpfung unseres Außenhandels beginnt sich unaufhaltsam fortzusetzen. Die Hemmnisse einer unentbehrlichen Ausfuhr beginnen sich von Woche zu Woche zu verstärken. So ist die Ausfuhr in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Menge nach um 11 v. H. und dem Werte nach um 22 v. H. zurückgegangen. Man wird damit rechnen müssen, daß unsere Ausfuhr in den kommenden Monaten noch weiter zusammenschrumpfen wird, da die Währungsschwierigkeiten in zahl- reichen Ländern unsere Ausfuhrmöglichkeiten immer weiter einengen. So konnten die englischen Werke beispielsweise mit ihren billigeren Papierpfundangeboten einen erheblichen Teil der inter- nationalen Aufträge an sich reißen.

Die Erschwerung unseres Auslandsabzuges und die ungenügenden Absatzmöglichkeiten auf dem immer noch mit Auslandswaren reichlich überschwemmten Inlandsmarkt haben dazu geführt, daß wir bereits etwa 5 Millionen unbeschäftigte Arbeitskräfte zählen. Nur die Hälfte der vorhandenen Arbeitsplätze sind in der Industrie noch besetzt, und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist bis zum September stetig um 45 v. H. der Kapazität zurückgegangen. Für die Produktionsmittel-Industrien ins- gesamt berechnet das Institut für Konjunkturforschung einen Er- zeugungsrückgang seit vorigem Jahr um etwa 22 v. H., gegenüber dem Durchschnitt von 1928 jedoch ein Minus von über einem Drittel. Bei den Verbrauchsgüterindustrien beträgt die Einbuße seit 1928 etwa ein Viertel. Mit rund 2500 Insolvenzen wird im Oktober die Septemberziffer noch um rund 400 Fälle übertroffen. Allein die Zahl der Vergleichsverfahren hat sich gegenüber September um 36 v. H. gesteigert. Auf den Arbeitstag umgerechnet gab es demnach im Oktober täglich 92 Konkurse und Vergleichsverfahren.

Wir brauchen aber nicht fatalistisch diese grauenhafte Welle der Wirtschaftszerstörung über uns hinwegbrechen zu lassen. Wir haben ein außerordentlich wirkungsvolles Mittel zur Verfügung, um uns dem drohenden Chaos mit aller Kraft entgegenzusetzen. Das ist neben der gesteigerten Aufmerksamkeit im Sinne der Erhaltung des deutschen Auslandsmarktes die Pflege des deutschen Binnenmarktes, die Erhaltung und Stärkung seiner Kaufkraft und die Abwehr jeder über- flüssigen und entbehrlichen Einfuhr von Aus- landswaren! Wir dürfen nichts unversucht lassen, was den Ab- satz deutscher Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt irgendwie verbessern könnte, und müssen ängstlich alle Maßnahmen vermeiden, die den Absatz der deutschen Industrie, der heimischen Landwirtschaft, Handel und Gewerbe erschweren könnten. — Das ist auch der Sinn der in diesem Jahr in allen Gauen des Deutschen Reiches veranstalteten Deutschen Woche, die in mehr als 500 Städten in wirkungs- voller Art und unendlicher Kleinarbeit für eine Bevorzugung deut-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 22. bis 28. November ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die voll- gelebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahreschluß nach Köln eingekandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren heraus- gestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahreschluß die zum Umtausch eingekandten Mitglieds- bücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahreschluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingekandt werden. Die Einsendung soll von den Zahl- stellen der nachbenannten Gaubezirke erfolgen in der Zeit:

Gau Bochum: vom 15. November bis 30. November,
Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,
Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,
Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.
Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Taschenbuch 1932.

Demnächst erscheint unser Taschenbuch für 1932, und zwar wiederum für unsere Mitglieder zum Preise von 0,50 RM. Sammelbestellungen durch unsere Zahlstellen können schon jetzt bei der Zentrale erfolgen.

Verlorene Bücher.

Nr. 121 005, Adolf Schmidge; Nr. 322 107, Josef Hejse; Nr. 106 789, Anton Brögger; Nr. 125 597, Friedrich Bellm; Nr. 318 703, Hermann Beckmann; Nr. 332 896, Wilhelm Frank; Nr. 110 270, Simon Freudlsperger; Nr. 299 170, Alfred John; Nr. 30 730, Anton Naber; Nr. A. 7891, Branz Becker.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

scher Erzeugnisse eingetreten ist. Wir alle müssen uns ver- antwortlich fühlen, daß wir bewußt deutsche Erzeugnisse kaufen, um unseren Erwerbslosen wieder Arbeit und Brot sichern zu können.

Kartell- und Syndikatspraktiken — oder eine Ursache der über- hohen Selbstkosten. Aus einer Polemik der „Dossischen Zeitung“ gegen die kartellierte deutsche Zementindustrie geht hervor, daß der Zement-Verband allein im Jahre 1929 fast 3½ Millionen Reichs- mark zur Bekämpfung der Außenseiter, also zur Niederringung der Konkurrenz und zum Hochhalten des Zementpreises ausgegeben hat. Im Jahre 1930 hat der Reichswirtschaftsrat den Preis von 500 RM für zehn Tonnen als um 100 RM zu hoch erachtet. Der Preis wurde um 100 RM gesenkt. Sechs Jahre lang hatte man den Über- preis eingesteckt. Die „Dossische Zeitung“ behauptet im Handelsteil ihrer Nr. 496, daß ihr folgende Tatbestände über den Außenseiter- kampf der Zementindustrie in Westdeutschland vorliegen: Unlau- terer Wettbewerb, versuchte Bestechung, Wirt- schaftsspionage, unfairer Konkurrenzkampf, Boykottandrohung gegen Handwerker und Ge- werkschaften u. a. m.

Die Zementlieferungen des Syndikats gehen zu vier Fünfteln an Behörden und werden zu einem erheblichen Teil für den gemein- nützigen Wohnungsbau benötigt. Die Überpreise, die jahrelang ein- gesteckt wurden, dienten teils zur Finanzierung einer üblen Presse- polemik gegen die Arbeitererschaft und — natürlich — die „sozialen Lasten“, teils zur Unterstützung gewisser — „nationaler“ Elemente.

Eine ähnliche Sache wird vom Kohlenbergbau bekannt, der sich mit Elan und Temperament bemüht, seine Unrentabilität der Öffent- lichkeit zu beweisen. Der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid hat im Reichstag auf gewisse Praktiken der Bergbauindustrie hingewiesen und veröffentlicht in der Tagespresse jetzt folgende Erklärung:

„Ich habe in der Reichstagsitzung vom 14. Oktober erwähnt, daß die Bergindustrie von jeder geförderten Tonne Kohlen 50 Pfennige für politische Zwecke zur Verfügung stellt. Ich stützte mich bei dieser

(Fortsetzung Seite 383)

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Die echte Roßhaarmatratze.

Auf das Ersuchen eines Amtsgerichts um Stellungnahme zu der Frage, ob bei einem Nichthandelskauf die Bezeichnung einer Matratze als Roßhaarmatratze auch dann zulässig ist, wenn diese Matratze nur zu einem Teil Roßhaar enthält, und wieviel Bruchteile Roßhaar eine unter dieser Bezeichnung verkaufte Matratze üblicherweise enthalten muß, hat sich das Einigungsamt der Industrie- und Handelskammer Essen wie folgt geäußert:

„Eine Warenbezeichnung in Verbindung mit dem Begriff Roßhaar darf nur gebraucht werden, wenn in der betreffenden Ware ausschließlich Roßhaar enthalten ist. Deshalb dürfen Matratzen, die nicht zu 100 Prozent mit Roßhaar gefüllt sind, nicht als Roßhaarmatratzen bezeichnet und angeboten werden. In den Fällen, in denen auch Haare von anderen Tieren oder Pflanzenfasern verwandt werden, muß dieses in nicht mißzuverstehender Weise mitangegeben werden.“

Das Einigungsamt betont mit Nachdruck, daß in der Reklame, die sich an das Publikum wendet, hinsichtlich der Bezeichnung von Waren die Auffassung des Publikums entscheidend sein muß. Das Publikum versteht unter Roßhaarmatratzen zweifellos solche Matratzen, zu deren Füllung ausschließlich Roßhaar verwandt worden ist.

Die vorstehende Anfrage des Amtsgerichts ist deshalb dahin zu beantworten, daß bei einem Nichthandelskauf die Bezeichnung einer Matratze als Roßhaarmatratze nur dann zulässig ist, wenn diese Matratze ausschließlich Roßhaar enthält.“ (Ib. 751/31.) „Allgemeine Tages-Zeitung“ Nr. 20.

Alpengras und Indiasfasern sind kein Polstergras.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat nach der „Allgemeinen Tapezierer-Zeitung“ folgendes Gutachten über die Bezeichnung Polstergras herausgegeben:

Die Bezeichnung Polstergras ist nicht allgemein üblich, dagegen wird die Bezeichnung „Preßgras“ oder „Polsterheu“ angewendet. Man versteht darunter Heu, das für Viehfutter aus verschiedenen Gründen nicht geeignet ist, insbesondere Heu, das aus sauren Gräsern besteht und seit dem Kriege für Polsterzwecke, zur Herstellung von billigsten Matratzen vielfach Verwendung findet. Aber auch die Bezeichnung „Preßgras“ ist nicht handelsüblich. Preßgras ist noch nicht lange für Polsterzwecke im Handel und dürfte auch bei einer Besserung der Wirtschaftslage wegen seiner Minderwertigkeit wieder verschwinden. In Norddeutschland wird kein Händler oder Verarbeiter Alpengras oder Indiasfaser als Polstergras bezeichnen. Es ist jedoch möglich, daß Alpengras in Bezirken Deutschlands, wo es ausschließlich Verwendung findet, auch als Polstergras bezeichnet wird. Es ist auch nicht üblich, Indiasfasern als Polstergras zu bezeichnen. Alpengras und Indiasfasern sind ein wesentlich wertvolleres Polstermaterial als jedes Gras. Schon aus diesem Grunde wird der Verkäufer vermeiden, bei Lieferung von Alpengras und Indiasfasern von Polstergras zu sprechen. C 5470/31 (XII A 4).

Wert und Bedeutung der Roßhaarmatratze.

Daß Roßhaar zur Füllung von Matratzen als wertvollstes Material zu bezeichnen ist, darüber bestehen in Fachkreisen keine Meinungsverschiedenheiten. Die „Allgemeine Tages-Zeitung“ brachte in Heft 3 eine recht gute Schilderung über den Wert des Roßhaares als Füllmaterial gegenüber anderen Materialien. Wir entnehmen daraus das folgende:

„Es wird heutzutage sehr viel von der Notwendigkeit eines gesunden Schlafes geschrieben und gesprochen; dabei wird dies und jenes Mittel gepriesen, aber an den Wert und die Bedeutung einer wirklich guten, hygienisch einwandfreien Matratze denkt niemand. Es wird ganz einfach übersehen, daß der Erdenbürger fast die Hälfte seines unruhigen Daseins im Bett, also auf einer Matratze verbringt.“

Während in früheren Jahrhunderten besonders in Frankreich auf die Ausstattung des Bettes der allergrößte Wert gelegt wurde, wird heute das Bett als Nebensache betrachtet. Ein knarrender, sich ausbeulender Patentbettboden, darauf eine aus unzulänglichstem Material hergestellte Matratze ist heute fast die Norm.

Es ist dem Laien natürlich nicht ohne weiteres möglich, die verschiedenen Materialien, die zum Füllen von Matratzen verwendet werden, auf ihren Wert zu prüfen. Die nachstehende Aufstellung dürfte dies erleichtern.

Heu oder Waldgras — Gras aus sumpfigen, sauren Wiesen oder verregnetes, vom Vieh nicht mehr genommenes Gras. Matratze ist schwer und hart. Material zermürbt.

Erin d'Afrique (Indiasfaser) — Palmenblätter, kraus gesponnen. Matratze schwer und hart. Material zermürbt.

Wolle — Zerrißene, meist alte Baumwollumpen. Matratze sehr schwer, staubig und hart.

Haar — Krausgesponnene Haare aller Art. Matratze besser als alle vorgenannten.

Schafwolle — Material gut. Hält.

Kapok — Pflanzenfaser ähnlich der Baumwolle, leicht. Material zermürbt vollkommen.

Roßhaar — Pferdeschweif und Mähnenhaar, kraus gesponnen, infolge seiner maschinellen Zurichtung fast keimfrei. Fast unbegrenzt haltbar, hält nicht. Sehr elastisch.

Diese kurze Aufstellung zeigt, daß einmal, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, eine gute Roßhaarmatratze fast wertbeständig ist, und daß sie bezüglich Sauberkeit einwandfrei dasteht.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch der gesundheitliche Wert einer guten Haarmatratze. Alle anderen Materialien ballen sich zusammen bzw. verfilzen und lösen sich in Schmutz auf, werden hart und hizen. Nervöser Schlaf ist die Folge. Roßhaar ist infolge seiner großen Elastizität befähigt, jedem Druck nachzugeben, ohne zu brechen. Die Haarmasse ist luftdurchlässig, sie kann atmen. Besonders im Sommer wird man wieder feststellen können, daß eine Haarmatratze nicht hitzt. Was das bedeutet, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Für nervöse und geistig arbeitende Menschen kann überhaupt nur eine Roßhaarmatratze in Frage kommen. Gut geleitete Krankenhäuser kennen z. B. nur Roßhaarmatratzen, nicht nur wegen der günstigen Wirkung als Unterlage, sondern weil man erkannt hat, daß auch in dieser Frage das Teuere das Billige ist.

Wer in der heutigen Zeit für sportliche und andere Dinge oft viele hundert Reichsmark anlegt, sollte auch gelegentlich bedenken, daß für Körperfrische und Leistung ein gesunder Schlaf notwendig ist. Die Wahl der richtigen Matratze kann dann nicht mehr schwer fallen, zumal hierfür ein verhältnismäßig geringer Aufwand an Geldmitteln erforderlich ist.“

Patentschau

zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch

Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59

Auskünfte bereitwilligst

Gebrauchsmuster

Kl. 34g. 1 191 701. Siegesjosa. Max Schwedler, Wanne-Eickel, Bickernstraße 11.

Kl. 34h. 1 191 847. Kombinierte Kinderbettstatt. Ludwig Bröner, Aßchaffenburg.

Kl. 34g. 1 192 467. Fußpolster. Hans Brunner und Karl Lankes, Oberwinkling, Post Welchenberg, Niederbayern.

Kl. 34g. 1 192 280. Federpolsterung. Johann Stammer, München, Balbestr. 13.

Kl. 34g. 1 192 265. Vorrichtung zum Schönen von Federmatratzen. Franz Janke, Berlin NO 55, Meher Straße 37.

Kl. 34g. 1 191 971. Verstellbares Keilkissen für Auflegematratzen. Werner Spielmanns, Köln-Lindenthal, Geibelstr. 25.

Kl. 34g. 1 192 908. Tornisterstuhl. Alfred Müller, Burgstaaken a. Fehn.

Kl. 34g. 1 193 610. Klubsessel. Rabenauer Sitzmöbel-Industrie Ferdinand Büßer G. m. b. H., Rabenau i. Sa.

Kl. 34g. 1 193 133. Matratze mit in der Längsrichtung verlaufenden, nachgiebigen und elastischen Stäben. Karl Niekrenz, Stettin, Friedrich-Ebert-Straße 85.

Kl. 34g. 1 192 917. Siegestuhl, insbesondere für Heil- und Erholungsstätten. Otto Liebing, Lübeck, Hövelstr. 4.

- Kl. 34h. 1 194 044. Kinderbett. Hans Deussen, Aachen, Befelerstr. 6.
 Kl. 34g. 1 194 480. Liege-sofa. Emil Otto, Chemnitz, Rießnerstr. 10.
 Kl. 34g. 1 194 422. Zerlegbarer Stuhl. Alfons Rädlein, Weiskirchen-Coburg.
 Kl. 34g. 1 194 244. Bettbank mit elastischer Lagerfläche aus einem Geflecht von gewebten Gurten und 5 mm starken gedämpften Holzleisten. Hans Kirschen, Breslau 23, Kantstr. 44.
 Kl. 34g. 1 194 109. Polsterlose Sitz- und Ruhefläche an Möbeln. Hans Berger, Hannover, Teller Straße 9.
 Kl. 34g. 1 194 091. Hakenfreies Kopfteil an Spiralfeder-matrassen. Ludwig König, München, Mailingerstr. 19.
 Kl. 34g. 1 194 087. Federnder Stuhlsitz. Adolf Runde, Wiedenbrück i. W.
 Kl. 34g. 1 193 956. Direkte Befestigung von Gummistreifen oder dgl.

an Sitz- und Liegemöbeln ohne Rahmeneinlage. J. Sommer & Co., Düsseldorf, Derendorfer Straße 36.

Erteilte Patente

- Kl. 34g. 538 539. In einen Liegestuhl umwandelbarer Lehnstuhl. Albert Ducrot, Paris.
 Kl. 34g. 539 360. Auflegematratze. Emil Otto, Chemnitz, Rießnerstraße 10.

Angemeldete Patente

- Kl. 34g. F. 284 30. Rahmenbespannung für Polsterstühle. Hans Feig, Wigoltingen, Thurgau, Schweiz.
 Kl. 38h. III. 13 30. Vorrichtung für das Dämpf- und Trockenverfahren, besonders für Holz. Dr. Ing. Paul H. Müller, Hannover, Rumannstr. 29.

(Fortsetzung von Seite 381)

Angabe auf eine Information, die ich für um so zuverlässiger halten mußte, als sie von einer Persönlichkeit in hoher amtlicher Stellung stammte. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, daß diese Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei nicht angehört.

Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß die Information, soweit die Höhe der Angabe in Betracht kommt, unzutreffend gewesen ist. Es steht jedoch fest, daß eine bestimmte Abgabe nach Maßgabe der Anzahl geförderter Tonnen für politische Zwecke erhoben wird. Sie beträgt jedoch nicht 50 Pfennig pro Tonne, sondern ist niedriger. Es wäre wohl nicht unbillig, zu verlangen, daß diejenigen, die sich durch meine im Reichstag gemachte Darlegung getroffen fühlen, sich nicht darauf beschränken würden, den von mir angegebenen Prozentsatz zu dementieren, sondern darüber hinaus erklären würden, welche Beiträge zu Lasten der Verbraucher für einseitige politische Zwecke verwendet werden.“

Für die Antwort auf diese Fragen haben wir sicher großes Interesse, und neugierig wären wir auch, für welche politischen Zwecke der Bergbau Geld übrighat. Vielleicht bequemt man sich zu einer vollständigen und eindeutigen Antwort. Warten wir ab!

Berichte aus den Zahlstellen.

Jubilarsfeier in Essen. Das waren mal wieder frohe Stunden, die wir dort verlebt haben. Die Zahlstelle Essen hatte es verstanden, trotz der schlechten Wirtschaftslage ihre Jubilare in würdiger Weise zu ehren. Da wir in diesen schlechten Zeiten die Feier in einem Gasthause nicht veranstalten konnten, stellte uns die Konsumgenossenschaft „Wohlfahrt“ ihre Versammlungsräume bereitwillig zur Verfügung. Für Speisen und Getränke, eine nicht zu unterschätzende Hauptsache, hatte man reichlich Sorge getragen.

Die Feier begann um 19 Uhr. Unsere vorzügliche Haus- und Tanzkapelle eröffnete die Feier. Ein Gesangsvortrag des Beckmannschen Männerquartetts, das im Laufe des Abends mehrmals auftrat, versetzte uns in die rechte Weihestimmung. Anschließend trug der Jungkollege, Fr. Allmang, in schlichter Form ein selbstverfaßtes, den Jubilaren gewidmetes Gedicht vor, das nachstehend folgt:

Den lieben Jubilaren zum heutigen Tage!

Fünfundzwanzig lange Jahre
 Seid ihr nun in dem Verband.
 Und zum heut'gen Jubeltage
 Reich die Jugend euch die Hand.

Reicht die Hand euch alten Kämpfen.
 Die stets ihre Pflicht getan.
 Die gekämpft mit Hirn und Händen
 Für ein Menschheitsideal.

Ihr begannt den Kampf für Freiheit
 Der bedrückten Arbeiterschaft.
 In eurer brüderlichen Einheit,
 Da lag die wirkungsvolle Kraft.

Dorwärts sind wir immer geschritten,
 Großes wurd' durch euch geschafft.
 Doch ist das Endziel noch nicht erstritten,
 Dazu bedarf es auch junger Kraft.

Diese Kraft die sollt ihr finden

In der großen Jugendschar.

Sie soll helfen überwinden,

Was für sie geblieben war.

Denn die Jugend muß es schaffen,

Schaffen mit vereinter Kraft.

Alle Kräfte zusammenraffen

Für den Sieg der Arbeiterschaft.

Euch sei Dank, ihr lieben Alten,

Die ihr gekämpft, trotz Hohn und Spott.

Es wird der Kampf zum Siege sich gestalten,

Wir hoffen es! Das walte Gott!

In der Festrede des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Kurtscheid (Köln), entwickelte der Redner die Geschichte unseres Verbandes, der Kämpfe und Erfolge. Er dankte den Jubilaren für ihre Arbeit und ihr treues Aushalten im Verband trotz der schlechten Zeit und wünschte den Jubilaren viel Glück und ein langes Leben. Besonders aber dankte er unserem Geschäftsführer Franz Rust, der auch zu den Jubilaren zählte, für seine rastlose Arbeit im Verband trotz seines schon langjährigen Augenleidens.

Anschließend wurde die Ehrung der Jubilare vorgenommen. Es waren 14 an der Zahl. Jedem wurde mit einem lustigen Vers (daran wohl keiner Anstoß genommen hat?) das Verbandsdiplom überreicht und die Silbernadel von Kollegen Kurtscheid aus Köln angeheftet. Dem Kollegen Rust wurde von der Zahlstelle Essen und der Gruppe Essen-Werden für seine mühevollen Arbeit noch besonders ein Geschenk überreicht. Auch befand sich unter den Jubilaren der 1. Vorsitzende der Zahlstelle Essen, Kollege Anton Langela, dem auch an dieser Stelle zu danken unsere Pflicht ist. Kollege Langela ist langjähriger Vertrauensmann und Ortsvorsitzender, der mit glühendem Eifer für den Verband kämpft und dem die Jugend besonders stark ans Herz gewachsen ist.

Nach der Ehrung der Jubilare sprachen die anwesenden Vertreter der verschiedenen, uns nahestehenden Organisationen und Kollege Bissels für die „Wohlfahrt“. Kollege Rust dankte für alle Ehrungen und sprach in herzlichen Worten zu den Festteilnehmern von der Bedeutung und den Aufgaben der Organisation. Dann dankte auch Kollege Langela im Namen aller Jubilare.

Nun ging die Festversammlung zum gemütlichen Teil über. Tanz und Frohsinn regierten die Stunde. Um 1 Uhr sollte Schluß gemacht werden, damit der letzte Straßenbahnzug erreicht werde. Wer den noch mitbekommen hat, möge sich auf dem Büro melden. Fr. A.

Bremen. Gegen die Grundrechte des Arbeiterstandes tobt zurzeit ein brutaler Kampf. Sogenannte Führer der Wirtschaft und gewisser politischer Parteien kündigen offen den Kampf zur Vernichtung der verhassten Gewerkschaften an. Willige Trabanten leisten Helferdienste. Frei will man werden von allen kollektiven Bindungen. Fort mit aller Sozialpolitik! Der Arbeiter muß wieder um Brot und Arbeit betteln, das sind die Forderungen und Ziele der Gewerkschaftsgegner. Die wachsamten Arbeiter merken, wo die Reise hingehen soll. Sehr oft hört man in Gespräch und Versammlungen die Forderung, daß die Stärkung der finanziellen Schlagkraft der Gewerkschaften das Gebot der Stunde sei. Da Beitragserhöhungen jetzt kaum einen Erfolg in diesem Sinne erwarten lassen, müssen andere Wege eingeschlagen werden, um das Ziel zu erreichen.

Tatsache ist, daß die Verbandsunterstützungen bei ganz anderen, viel günstigeren Verhältnissen und unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffen sind. Kein Gewerkschaftler hat jemals gewollt,

daß die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung eine Gefährdung für den Bestand der Gewerkschaften werden sollte, wie es heute der Fall ist. Heute sieht jeder einsichtige Kollege, daß unser Unterstützungssystem überprüft und den Notwendigkeiten angepaßt werden muß. Die Sorge um die Gestaltung der Dinge kam sehr stark in einer machtvollen Kundgebung des Kartells der christlichen Gewerkschaften in Bremen in der Aussprache zum Ausdruck. Nachstehende Entschliebung, die von Mitgliedern eingebracht wurde, fand einstimmige Annahme.

„Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich seit Jahren im schärfsten Ringen um ihre Existenz und um ihr Recht. Die Wirtschaftskrise belastet am meisten von allen Volksschichten die Arbeiterfamilien durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Senkung der Löhne. In dieser für Volk und Wirtschaft sehr schweren Zeit unternehmen antisoziale Kreise dauernde rücksichtslose Angriffe auf die Stellung der Arbeiter und der Arbeiterfamilien.

Angeichts dieser für die Zukunft der Arbeiterschaft sehr bedrohlichen Erscheinungen erachtet es die Kartellversammlung für dringend notwendig, die Schlagkraft der Gewerkschaften mehr zu stärken. Die Gewerkschaften sind nicht in erster Linie Unterstützungsorganisationen, sondern Organisationen zur Verteidigung der Existenzgrundlagen und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft. Demgemäß wird auch die Frage der weiteren Gewährung von Unterstützungen, soweit es sich nicht um gewerkschaftliche Unterstützungsarten, wie Streik-, Maßregelungs-, Alters-, Invaliden- und Wanderunterstützung handelt, sprechreif werden müssen. Diese Frage ist eine Angelegenheit aller Gewerkschaftsrichtungen geworden.“

Alle Redner untertrichen in der lebhaften Aussprache diese Forderung. Das ist ein wertvolles Merkmal für die gesunde gewerkschaftliche Auffassung an der Wasserkante. Hoffentlich findet diese Auffassung ein Echo im Lande. Es ist eine Pflicht des Staates, daß er für seine Arbeitslosen aufkommt, und es ist Sache der Krankenversicherung, für den Kranken und dessen Familie ordnungsgemäß zu sorgen, es ist aber nicht Aufgabe der Gewerkschaftskassen, hier Entlastungsdienste zu leisten. Diese haben andere wichtige Aufgaben. Die Gewerkschaften müssen sich wieder mehr ihren ursprünglichen Zwecken zuwenden.

Ein Mitglied von der Wasserkante.

Literarisches.

Im Vorraum der Zukunft; Richli, Anna. Der Roman eines jungen Mannes. 8^o (VI u. 352 S.) Freiburg im Breisgau 1931, Herder. 4,60 RM; in Leinwand 6,— RM.

Hier ist einmal ein Buch für die Besten unter den Jungen, die auf die Zeit hören, sich ihr nicht verschließen, sich mit den persönlichkeitsfeindlichen Mächten des Wirtschaftslebens, der Not, dem Dämon Versuch auseinanderzusetzen, — die nach Klarheit und Lebensform suchen. Dem Helden dieses Romans sind alle Hemmungen und Wirrnisse Antrieb, immer zäher und eigenwilliger um eine klare, ehrliche Lebensart sich zu mühen. Es wird ihm nicht leicht; der Weg vom Seherlehrling bis an die Schwelle der Zeitungsredaktion ist mühselig und weit. ... Das Buch ist nicht nur die beispielhafteste Geschichte eines jungen Menschen, es ist auch in seinem zweiten Teil ein Presse-Roman, der so interessant wie wichtig für jeden ist, denn es handelt sich da um ein Problem, das immer noch zu wenig die Aufmerksamkeit aller erregt.

Wir sind die Zeit; Bopp, Linus. Zur katholischen Zeit-, Menschen- und Lebenskunde. Gr. 8^o (VIII u. 198 S.) Freiburg im Breisgau 1931, Herder. Kartoniert 4,40 RM; in Leinwand 5,40 RM.

Keiner kann Führer sein, wenn er die Zeit und ihren Sinn, die Menschen und ihre Möglichkeiten nicht kennt. Also wird in dem Buch von Bopp eine, vielleicht die Kernfrage gestellt — und beantwortet.

Zunächst geht es um Begreifen und Verstehen dessen, was da ist, was — zusammengesetzt — Gegenwart heißt. Ihr Werdegang, ihre Wesenszüge werden im einzelnen erarbeitet, ihr Sinn wird gedeutet und der Versuch eines neuen Verhaltens zu ihr gemacht. Der nächste Abschnitt untersucht und klärt die für die Beweglichkeit und Frischerhaltung des geistigen Lebens so entscheidungsvolle Frage der Möglichkeit und Pflege religiöser Typen innerhalb des katholischen Christentums. Geht es also zuerst um Verstehen und Erfassen der modernen Zeit und des modernen Menschen, so greift dann das Buch über auf grundlegende Fragen der katholischen Lebenskunde, die zugleich solche der Erziehungskunde sind: geschlechtliche Erziehung, Arbeits- und Berufserziehung, Leib-Seele-Problem in natürlicher und übernatürlicher Betrachtung, Sport als Kulturproblem, Industriepsychologie und Industriepädagogik, die Eigenart der WertEinstellung des Mädchens. Gerade hier, wo Fragwürdigstes uns von allen Seiten bedrängt, empfindet man Bopps sichere Führung erlösend. Die Ergebnisse der modernen Psychologie und Soziologie werden gründlich zu Rate gezogen und durch kirchliche Erweisheit weiter und tiefer geführt.

Ein Führerbuch: aktiv, angriffs-lustig, zielklar! Kein Raisonement. Es handelt grundlegend von den Hauptfragen heutigen Führertums, vom Verstehen des Individuums und der Zeit, zeigt Werdegang und Wesenszüge der Gegenwart und unternimmt den Versuch ihrer Sinnbedeutung und einer neuen Einstellung zu ihr. Da die Kulturkrise unserer Tage wesentlich eine Gesinnungs- und damit eine Erziehungskrise ist, schließt sich die Durchhellung der brennendsten pädagogischen Zeitfragen an.

Der besondere Vorzug dieses Buches ist der geistesgeschichtlich und psychologisch breit unterbaute, weltanschaulich gesicherte Standort des Verfassers. Nur von solcher Warte aus lassen sich die Erscheinungen und ihr Gehalt, die Menschen und ihre Möglichkeiten genügend übersehen.

Der neue Unfallverhütungs-(Wahr-Schau-)Kalender, den der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin, alljährlich herausgibt, hat in diesem Jahr (1932) eine starke inhaltliche Umgestaltung erfahren. Es ist erstmalig der Versuch gemacht worden, nicht nur in kurzen Plaudereien, unterhaltenden Notizen und Artikeln, unterstützt durch sehr zahlreiche Bilder, das Interesse des Arbeiters für die wichtigsten Belange der Unfallverhütung zu wecken, sondern man hat auch einen dezenten Humor in Wort und Bild zu seinem Recht kommen lassen. Auch die aus Arbeiterkreisen stammenden preisgekrönten Merksprüche des vorjährigen Kalenderpreisausschreibens geben diesem kleinen Heft eine besondere Note. Durch Preisrätsel in Verbindung mit Unfallverhütungsbildern wird versucht, die Anteilnahme der Leser ganz besonders zu fesseln.

Der Unfallverhütungs-Kalender (15 Rpf, bei größeren Bestellungen 12. bzw. 11 Rpf für ein 64 Seiten starkes reich illustriertes Heft mit buntem Deckel) wird von den Unternehmern beschafft und an die Arbeitnehmer zu Weihnachten oder Neujahr kostenlos verteilt. Anfragen sind zu richten an die zuständige Berufsgenossenschaft oder an den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9.

DDBG.

Anzeigenpreis für die viergesp. Mittmetereize 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahnstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telephonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss lit Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mf. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Lest unsere Tageszeitung

„Der Deutsche“

Das Fachblatt für strebsame Tischler
Handwerkunst im Holzgewerbe
Vierteljährlich 2 Mark

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, **la. Doppelschneckenfederwerk** nur **11,50 Mk.**
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarne, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9